den Rang abgelaufen haben. Dieser Geschäftsneid wird es mit in erster Linie gewesen sein, der Herrn Michelin zu jenem Patrioten gestempelt hat, der die Parole ausgab:

„Wenn unsere Generation nicht die deutsche Luftflotte überwindet, wird sie vor der Geschichte das Gewicht ungeheurer Verantwortung tragen."

Es verdient in dieser Verbindung festgestellt zu werden, daß kein namhafter französischer Flieger oder Luftschiffer seinen Namen zu der Hetze hergegeben hat. Denn jeder mit dem Wesen der Luftfahrt Betraute wird wissen, daß mit Maschinen, wie Deutschland sie bauen darf, weder Luftkämpfe zu führen, noch Bombenabwürfe zu ernsten sind. Eindecker, die in Deutschland gebaut werden, dürfen einen Motor von nicht über 60 PS besitzen (60 PS ist die Stärke eines mittelstarken Automobils, was genug besagt) — überkomprimierte Motoren, wie solche zu militärischen Zwecken absolut notwendig sind, dürfen nicht eingebaut werden (dadurch wird der Maschine die im Kriege wesentlichste Bedingung — schnelle Steigfähigkeit — genommen) — kein Flugzeug darf eine Nutzlast von über 600 kg tragen ... die französischen Flugzeuge tragen schon jetzt als Nutzlast ca. 2000 kg Bomben ... diese wenigen, für das Laienverständnis aus der Fülle der Beschränkungen herausgegriffenen Bestimmungen beweisen zur Genüge, daß jedes Gerede von einer „Gefahr" der deutschen Luftfahrt Verleumdung ist. Wenn nun französische Großsprecher im „Echo de Paris" gar behaupten, bei einer Einstellung der deutschen Luftfahrt und des deutschen Luftfahrzeugbaus würde Frankreich auch seinen Flugzeugbau aufgeben und ergo dadurch gewaltige Summen sparen können, so wird man für derartige Phantasien in der Tat nur ein Lächeln haben können. Aber glaubt irgend ein Franzose daran, daß Frankreich seine Luftflotte abschaffen würde, wenn Deutschland sich seiner Verkehrsflugzeuge entledigen würde?

Französische Angst ist mit französischer Konkurrenzfurcht vor deutscher Technik und deutscher Werkmannsarbeit gepaart. Schon haben sich deutsche Flugzeugwerke wie Junkers, Albatros, Dornier Weltruf erworben. Schon liest man in der Presse Südamerikas, der Tropen, der Osteuropastaaten spontane, aufrichtige Anerkennungen und Bewunderungen über die in jene Länder gelieferten deutschen Verkehrsflugzeuge. Trotz seiner Knebelung beginnt deutscher Flugzeugbau einen Siegeszug durch die Welt. Nicht aber Mordwerkzeuge werden in den deutschen Werkstätten geschaffen — und dadurch unterscheidet sich der deutsche Luftfahrzeugbau sehr wesentlich von dem französischen, sondern Verkehrsmittel, die Handel und Wandel fördern helfen, die der Kultur dienen, der Zivilisation und der Wirtschaftsentwicklung. Diesen Zielen aber dienen deutsche Flugzeuge nicht nur im Deutschen Reiche selbst und tragen durch beschleunigte Verkehrsvermittelung von Land zu Land und von Gau zu Gau zum Wiederaufbau bei, fördern diesen Wirtschaftszielen dienen sie überall in der Welt, wo sie das Luftmeer durchqueren. Die deutsche Luftfahrt ist friedlich und kulturfördernd — die französische Luftfahrt mit ihren 5000 Militärapparaten militärisch, also im Ernstfalle kulturvernichtend. Die deutsche Luftfahrt will als Verkehrswesen Werke fördern — das Ziel der französischen Luftfahrt ist: Vernichtung von Werten.

Das freilich sind Tatsachen, von denen Hetzer und verleumderische Geschäftsleute vom Schlage des Herrn Michelin nichts wissen wollen. Geschäftsneid, Konkurrenzfurcht und Angst — das sind deren Motive. Die deutschen flugsportlichen Verbände haben einen Aufruf herausgebracht, in welchem es heißt: Keinem feindlichen Machtspruch sich beugen ... auf der Freiheit deutschen Luftraums und deutscher Luftfahrt bestehen und nur auf dem Boden der Gleichberechtigung mit anderen Völkern Luftverkehr betreiben! Ziele, die recht und billig sind. Um sie zu erreichen, wird es aber zweckmäßig sein, aller Welt vor Augen zu halten, was die deutsche Luftfahrt ist und will, und welcher Art ihre Flugzeuge — und welch Zwecken Frankreichs Luftflotte dient und aus was für Typen sie besteht.

Wenn den französischen Verleumdungen diese auch dem Laien verständlichen Tatsachen gegenübergestellt und bekannt gemacht werden, kann man auch außerhalb der deutschen Grenzen die französische Hetzkampagne gegen die deutsche Zivilluftfahrt erkennen, und das um so eher, als ja die 5000 Heeresflugzeuge im Reiche Poincarés nicht allein Deutschland bedrohen. Angesichts der Verleumdungen des „Echo de Paris" gilt es die Erkenntnis zu wecken, daß nicht Deutschlands Verkehrsflugzeuge „un péril aérion" sind, sondern Frankreichs Luftheer, das stark genug ist, innerhalb weniger Stunden blühende Städte dem Erdboden gleichzumachen und friedlicher Bevölkerung ein Massengrab zu bereiten, furchtbarer, als es die Welt je gesehen.

Siegfried Doerschlag.

Flugverkehr London—Berlin eröffnet.

Berlin, 30. April.

Der von der deutschen Aero-Lloyd-A.-G. gemeinsam mit der Daimler Air Ltd. zu betreibende Flugverkehr London—Berlin über Amsterdam, Bremen und Hamburg ist heute eröffnet worden. Das erste Flugzeug, ein achtsitziges Kabinenflugzeug (Typ D. Havoland) ist heute nachmittag um 7,45 auf dem Flugplatz des deutschen Aero-Lloyd in Staaken mit fünf Passagieren gelandet, nachdem es um 10,30 von London abgeflogen ist. Der Rückflug wird morgen früh um 8,30 von Berlin erfolgen.

Komplikationen in Lausanne.

cea Lausanne, 30. April.

General Pellet empfing heute vormittag einen Vertreter der Presse von Angora, dem er erklärte, daß Frankreich seine Interessen im nahen Orient mit aller Energie verteidigen werde. Der General wies darauf hin, daß die Informationen über die Konzentrierung türkischer Truppen an der syrischen Grenze das französische Volk und die französische Regierung auf das Allernangenehmste berührt hätten. Er wird, so erklären offiziöse französische Kreise, an die Vernunft der Türkei appellieren und den Friedenswillen der französischen Regierung unterstreichen.

Der russische Delegierte Worowski hat der Schweizer Presse eine Note übermittelt, in der er die Schweizer Regierung anklagt, daß sie ihre Polizeibehörden benutze, um die Russen von der Orientkonferenz fern zu halten. Es ist bekannt geworden, daß das Generalsekretariat der Konferenz Herrn Worowski hat wissen lassen, daß die russischen Delegierten in Lausanne nur zugelassen würden, wenn sie entschlossen seien, das Abkommen über die Meerengenzu unterzeichnen.

EP **London**, 30. April.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel ist heute, Montag, der Vertrag über die Chester Konzession unterzeichnet worden.

Die Rechtlosigkeit im besetzten Gebiet.

Die Rheinlandkommission schützt deutsche Vaterlandsverräter.

Berlin, 30. April.

Den Regierungen in Paris, London und Brüssel ist folgende Note übergeben worden:

Sachbeschädigungen, die in der Nacht vom 9. zum 10. März d. J. durch eine erregte Volksmenge in der Dr. Dorten gehörigen Gutenberg-Druckerei in Koblenz vorgenommen worden sind, haben der Interalliierten Rheinlandkommission und den französischen Okkupationsbehörden zu einer Reihe schwerer Eingriffe in die deutsche Gerichtsbarkeit Anlaß gegeben.

Der städtischen Polizei in Koblenz, die sofort die Fahndung der Urheber der Sachbeschädigungen in die Hand genommen hat, war es gelungen, einen Unterprimaner des dortigen Gymnasiums als vermutlichen Mittäter festzunehmen. Entsprechend den Vorschriften der deutschen Strafprozeßordnung wurde er sofort dem Amtsgericht vorgeführt. Der amtierende Richter, Amtsgerichtsrat Napp vernahm den Vorgeführten, sah aber von dem Erlaß eines Haftbefehls ab, da es nach seiner freien richterlichen Ueberzeugung an den gesetzlichen Voraussetzungen hierfür fehlte. Darauf wurde am 14. März der über 60 Jahre alte Amtsgerichtsrat Napp wegen dieser in Ausübung seines Richteramts getroffenen Entscheidung von französischen Polizeibeamten verhaftet und zwecks Aburteilung vor dem dortigen Kriegsgericht in das Gefängnis nach Zweibrücken geschafft.

Ferner wurde der städtische Polizeiinspektor Schuchardt, der die polizeilichen Ermittlungen geleitet hat, ausgewiesen.

Die französischen Besatzungsbehörden, die in den Gymnasiasten T., C., B. und S. wohl infolge ihrer Abreise ins unbesetzte Gebiet, die Schuldigen an der Sachbeschädigung erblicken zu können glaubten, übten auf die Eltern dieser Gymnasiasten den schwersten Druck aus, damit sie ihre Söhne zur Rückkehr in das besetzte Gebiet und zur Gestellung vor die französischen Gerichte veranlaßten. Der Vater des Gymnasiasten B., der diesen Ansinnen ablehnte, wurde daraufhin nebst seiner Familie ausgewiesen.

Von dem gleichen Schicksal wurde die Mutter des Gymnasiasten S. betroffen. Nur die Eltern der Gymnasiasten T. und O., die sich stellten, wurden von einer Ausweisung verschont.

Schließlich hat der Oberbürgermeister der Stadt Koblenz von der Interalliierten Rheinlandkommission die Mitteilung erhalten, daß sie auf Grund der Verordnung 156 Artikel 4 beschlossen habe, den der Gutenbergdruckerei entstandenen Schaden abschätzen zu lassen und die Stadt Koblenz zur Bezahlung der von den Sachverständigen festzusetzenden Schadensumme aufzufordern.

Zu all diesen Maßnahmen fehlt der Interalliierten Rheinlandkommission und den übrigen Besatzungsbehörden jeder Rechtstitel. Die Gutenbergdruckerei befindet sich im Besitze von Männern, die sich zwar des mannigfachen Verrats an ihrem deutschen Vaterlande schuldig gemacht haben, aber in gesetzlicher Hinsicht lediglich deutsche Staatsangehörige sind. Infolgedessen handelt es sich bei den in der Druckerei vorgenommenen Sachbeschädigungen um eine rein deutsche Angelegenheit, die zu verfolgen gemäß Art. 3 des Rheinlandabkommens ausschließlich Sache der deutschen Polizei- und Gerichtsbehörden war. Die Interalliierte Rheinlandkommission versucht, ihr Vorgehen damit zu rechtfertigen, daß sie der Druckerei Gutenberg im Wege des Privatvertrages Druckaufträge gegeben habe und daß diese Drucksachen ebenfalls beschädigt worden seien. Demgegenüber ist zu bemerken, daß zunächst keiner der Beteiligten dies wissen konnte, da der Interalliierten Rheinlandkommission auf ihre Requisitionsersuchen aus deutschen Reichsmitteln eine Lose eigene Druckerei zur Verfügung gestellt worden ist, da ferner die französischen Okkupationsbehörden stets jede materielle Unterstützung der Machenschaften des Dr. Dorten bestritten haben. Abgesehen hiervon ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Eigentum an den in deutschen Druckereien, da sie der Auftraggeberin nicht ausgeliefert waren, noch nicht auf die Interalliierte Rheinlandkommission übergegangen.

Wegen der Rechtswidrigkeit der zugunsten des Gutenbergverlags von der Stadt geforderten Entschädigung beziehe sich die deutsche Regierung auf ihren Protest gegen die Verordnung 156 der Interalliierten Rheinlandkommission. Die Gesamtheit der von der Interalliierten Rheinlandkommission und den französischen Besatzungsbehörden im gegenseitigen Zusammenwirken vorgenommenen Maßnahmen zeigt die gegenwärtig im Rheinland herrschende Rechtslosigkeit in besonders greller Beleuchtung. Wenn es gilt, deutsche Landesverräter vor Schaden zu bewahren, kennen die Okkupationsgewalten keine Hemmung. Dann hört jede Achtung vor der richterlichen Unabhängigkeit, jede Scheu vor den heiligsten Familienrechten auf.

Die deutsche Regierung legt gegen diesen neuesten Rechtsbruch der Interalliierten Rheinlandkommission Verwahrung ein.

Verständigung oder Gewalt?

Von

Gustav Schneider,

Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten.

Diese Ausführungen, die von einem der namhaftesten deutschen Arbeitnehmer-Führer stammen, sollten die Franzosen darüber belehren, daß auch in den Arbeitnehmerkreisen Deutschlands der Widerwille sich geschlossener und entschlossener und einmütiger war als in diesem Augenblicke, in dem die deutsche Regierung sich anschickt, einen monumentalen Beweis ihrer Verständigungsbereitschaft zu liefern.

Anm. d. Red.

Die französische Propaganda macht der deutschen Regierung den Vorwurf, sie hätte den Widerstand an der Ruhr planmäßig organisiert. Einige französische Zeitungen gehen sogar soweit, zu behaupten, sie hätte damit den Ruhreinbruch „provoziert". Eine Logik, die nicht ganz schlüssig ist, von den Franzosen aber offenbar geglaubt wird. Tatsache ist aber, daß die deutsche Regierung die Ruhrbevölkerung weder zum Widerstande aufgefordert, noch ihn organisiert hat. Dieser Widerstand ist aus dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes ganz spontan und ohne Einwirkung von außen geflossen. Sicherlich zur großen Ueberraschung der deutschen Regierung, die sich damit vor eine ganz neue Lage gestellt sah. Wäre nämlich die Franzosen behaupten, der passive Widerstand vorher organisiert gewesen, so hätte die deutsche Eisenbahn im Ruhrgebiet am 11. Januar 1923 stillstehen müssen und keinen einzigen französischen Soldaten befördern dürfen.

Nach dem rechtswidrigen Einbruch der Franzosen ist der passive Widerstand allerdings organisiert worden, aber notwendigerweise nur in den Gewerkschaften aller Richtungen. Sie haben ihre Mitglieder aufgefordert, den „Befehlen der Franzosen keine Folge zu leisten und mit Ruhe, Kaltblütigkeit und Besonnenheit allen rechtswidrigen Maßnahmen entgegenzutreten". Ein mehr als dreimonatiger Kampf hat gezeigt, daß die Mitglieder der Gewerkschaften ausgezeichnete Selbstdisziplin üben. Wenn die französischen Befehlshaber glauben, durch Verstärkung des Druckes den Willen und die Entschlossenheit der Ruhrbevölkerung zu brechen, so täuschen sie sich. Die Handvoll Subjekte, die sie sich gekauft haben, und das Häuflein internationaler Scharfmacher, die den Franzosen in die Hände arbeiten, erschüttern die Festigkeit der Ruhrbevölkerung nicht, selbst wenn ihnen von den Franzosen Waffen in die Hand gedrückt werden.

Das Bewundernswerte an diesem Kampf ist, daß er von der Ruhrbevölkerung mit vollster Kaltblütigkeit geführt wird, während die Schärfe der französischen Gewaltpolitiker von Tag zu Tag wächst. Sicherlich kein Zeichen, daß sie mit den „Erfolgen" zufrieden sind. Die Unsicherheit, das Hin und Her der Maßnahmen und Gewalttaten, zeigen deutlich, daß die Theorie von den wirtschaftlichen Pfändern durch die rohe Gewaltpolitik von Tag zu Tag abgebaut wird. Damit werden aber die Wunden, die sich Frankreich selbst schlägt, immer größer, schmerzlicher und — unheilbarer.

Wenn die arbeitende Bevölkerung Frankreichs von diesem einzigen praktischen „Erfolge" der französischen Ruhrpolitik wahrheitsgemäß unterrichtet würde, so müßte sie ihren Gewaltpolitikern ein entschlossenes Halt zurufen. Leider aber wird das französische Volk über die wahre Sachlage in Unkenntnis gelassen. Die internationalen Beziehungen der Arbeiter haben sich als zu schwach erwiesen, um volle Aufklärung zu schaffen. Gäbe es eine Möglichkeit, das Licht der Wahrheit leuchten zu lassen, so wäre es leicht, eine Verständigung der Völker herbeizuführen. Daß letzten Endes nur eine Verständigung die dauernde Lösung bringen kann, wird immer deutlicher erkannt, allerdings vorläufig nur von einem verhältnismäßig kleinen Kreise. Bei den kämpfenden Parteien ist es psychologisch erklärbar, daß sie eine gewisse Scheu vor dem Ausspruche des Wortes Verständigung haben. Die Furcht, daß der Gegner solche Aeußerung als Zeichen der Schwäche deutet, ist zu sehr verbreitet. Aus der letzten Vergangenheit aber weiß man, daß ausschließliche Friedensmöglichkeiten sich lediglich aus dem Grunde zerschlugen, weil keine der Parteien den Mut aufbrachte, den Weg der Verständigung zuerst zu gehen. Unermeßliches Elend ist dadurch über Europa gebracht worden. Sollte es nicht möglich sein, aus diesen bitteren Erfahrungen die notwendigen Schlüsse zu ziehen? Der englische Außenminister Lord Curzon hat in seiner bedeutsamen Rede ausgesprochen, daß das deutsche Volk zur Ueberraschung der Welt ein bewundernswertes Maß von Entschlossenheit und Kraft gezeigt habe. Im Bewußtsein dieser Entschlossenheit und Kraft und im Bewußtsein dessen, daß weder die deutschen Gewerkschaften, noch die Arbeitgeberschaft des Ruhrgebietes daran denken, in ihrem passiven Widerstand nachzulassen, tut die deutsche Regierung recht daran, den ersten Schritt zu einer dauernden Beendigung des Ruhrkampfes zu wagen. Sie braucht sich nicht dadurch beirren zu lassen, daß sowohl in England wie in Frankreich — und natürlich auch in Deutschland — die Unversöhnlichen und die Kriegshetzer am Werke sind, um die Verständigungsmöglichkeit, die Lord Curzon mit seiner Rede geboten hat, unwirksam zu machen. Dieses „diplomatische" Spiel ist aus den Kriegsjahren zur Genüge bekannt. Es dient lediglich dazu, die Gemüter zu verwirren und die Wahrheit zu verschleiern. Solche Verschleierungsversuche müssen unbarmherzig zerstört werden.

Die Wahrheit des deutschen Volkes ist bereit, zu zahlen, und wehrt sich lediglich gegen das Uebermaß der Leistung, das seine Lebensgrundlage vernichtet. Wenn die Franzosen, wie sie behaupten, lediglich zu dem Zwecke die Ruhrbesetzung vorgenommen haben, um Bezahlung zu erhalten, so wird ein Angebot der Regierung den Nachweis erbringen, ob Frankreich die Wahrheit sagt oder nicht. Lehnt es einen mit ausreichenden Garantien versehenen Vorschlag Deutschlands ab, dann muß es vor aller Welt bekennen, daß es nicht wirtschaftliche Ziele an der Ruhr verfolgt, sondern machtpolitische. In diesem Falle würde die deutsche Arbeitnehmerschaft und an ihrer Spitze die deutschen Gewerkschaften den Abwehrkampf in vollster Einmütigkeit weiterführen. Ja, sie würde ihn zu steigern vermögen, da sie dann klar erkennen würde, daß die letzten Ziele Frankreichs darauf hinauslaufen, die staatsbürgerliche Freiheit der deutschen Arbeitnehmer zu vernichten. In der Verteidigung dieser Freiheit gibt es in der deutschen Arbeitnehmerschaft keine Meinungsverschiedenheiten. Wie immer auch der einzelne sich zur neuen deutschen Staatsform stellen mag, in einem herrscht vollste Einmütigkeit: Einer Vernichtung oder auch nur einer Beschneidung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes würden die deutschen Arbeitnehmer den entschlossensten Widerstand entgegensetzen. Keinesfalls werden sie es zugeben, daß deutsche Volksgenossen in offener oder verschleierter Form einer Fremdherrschaft unterstellt werden. Fremdherrschaft bedeutet Militärherrschaft, ist nur zu erhalten durch militaristische Gewalt. Unter solcher Gewalt zu arbeiten, lehnen die deutschen Arbeitnehmer ab. Die bitteren Erfahrungen im Saarlande haben sie mißtrauisch und hellhörig gemacht. So sehr auch die Franzosen sich bemüht haben, die deutschen Arbeitnehmer mit den Phrasen von Freiheit und Gleichheit zu berauschen, so sehr haben sie auch bewiesen, daß sie in Wirklichkeit Arbeiter schrankenloser Gewalt sind. Die Abrüstung dieser Gewaltgedanken ist unerläßliche Voraussetzung für eine Verständigung.

Kohlenpreiserhöhung?

Unter der Ueberschrift „Vor neuen Kohlenpreiserhöhungen" schreibt der „Vorwärts": „Der Sturz der Mark hat zu neuen Preissteigerungen geführt und damit die Arbeiter zu neuen Lohnforderungen veranlaßt. Auch die Bergarbeiter sind dadurch in die Zwangslage versetzt worden, neue Lohnforderungen zu stellen. Die Verhandlungen darüber beginnen am 30. April. Schon die Ansetzung des Verhandlungstermins gab den Kohlensyndikaten Veranlassung, beim Reichskohlenrat eine Sitzung zu beantragen, die auf den 3. Mai festgesetzt ist. In dieser Sitzung sollen neue Preiserhöhungen beschlossen werden, falls die Forderungen der Arbeiter bewilligt werden."

Die Lohnregelung der Bergarbeiter.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die neue Lohnregelung der Bergarbeiter, die gestern begonnen haben, werden heute weitergeführt. Der bisherige Stand der Verhandlungen, an denen das Reichsarbeitsministerium selbst nicht beteiligt ist, läßt einen Rückschluß auf den Ausgang noch nicht zu.

Um die April-Gehälter der Beamten und Arbeiter.

cea Berlin, 30. April.

Am letzten Sonnabend fand eine Besprechung der Spitzen-Organisationen der Beamten und Arbeiter statt, in der beschlossen wurde, das Reichsfinanzministerium zu ersuchen, angesichts der ungünstigen Preisentwicklung der letzten Wochen mit den Organisationen über eine Erhöhung der April-Gehälter zu verhandeln.

Neue Zechenbesetzungen.

Im Ruhrbezirk, 30. April.

Eigener Drahtbericht.

Am Sonnabend abend besetzten die Franzosen die Zeche Graf Moltke I und II bei Bottrop und die Zeche Dahlbusch bei Rotthausen. In Verbindung mit der Besetzung der letzteren Zeche haben die Franzosen am Sonntag auf der Eisenbahnstrecke Gelsenkirchen—Rotthausen die Eisenbahnschienen aufgerissen.

TU Sodingen, 30. April.

Ein Teil der Zeche Mont Cenis bei Sodingen ist von den Franzosen besetzt worden. Zwei Lokomotiven wurden beschlagnahmt. Die Belegschaften sind in den Proteststreik eingetreten. Heute vormittag sind zwei Bataillone aus Sodingen herausmarschiert, um in den umliegenden Ortschaften die Zechen zu besetzen. Einzelheiten fehlen noch.

*

TU Dortmund, 30. April.

Heute vormittag wurde der Syndikus der hiesigen Handelskammer Dr. Otto Martin verhaftet, weil er der Aufforderung des französischen Generals, vor ihm zu erscheinen, nicht nachgekommen war.

Essen, 30. April.

Der Prozeß gegen die Direktoren der Firma Krupp beginnt voraussichtlich am 4. Mai.

Die Erdrosselung des Auto-Verkehrs.

Berlin, 30. April.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung Nr. 164 erlassen, welche eine besonders starke Beschränkung der Freiheit des Automobilverkehrs im besetzten Gebiet bedeutet, indem sie jegliche Benutzung schwerer Kraftwagen von einer Genehmigung der Besatzungsorgane abhängig macht.

Der Zweck der Verordnung ist offensichtlich nur, den militarisierten Eisenbahnen zwangsweise Verkehr zuzuführen.

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß die Einholung der Genehmigung durch die auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar ergangenen Verordnungen vom 16. und 29. März 1923 verboten und strafbar ist.

Köln, 30. April.

Bei der Haltestelle Dottendorf auf der Strecke zwischen Bonn und Godesberg ist eine scharfe Autokontrolle eingeführt worden. Personenautos werden auf Personalausweis geprüft. Lastautos dürfen nur zwei Begleiter haben. Alle übrigen Begleiter müssen aussteigen.

Der Kreisdelegierte in München-Gladbach hat über München-Gladbach die Verkehrssperre verhängt. Der Straßenverkehr ist von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens bis zum 15. Mai gesperrt. Ansehenend hängt die Maßnahme mit dem Zugunfall bei Helenabrunn zusammen. Auf dem Eisenbahnübergang bei Goch ist ein deutsches Lastauto aus Neuß von einem belgischen Eisenbahnzuge erfaßt und völlig zerstört worden. Drei der Insassen wurden getötet, zwei schwer verletzt. — Auf dem Bahnhof Neuwied entgleiste eine Lokomotive infolge Ueberfahrens der Gleissperre.

Maifeier-Demonstrationen trotz des Verbots.

Mtb Dortmund, 30. April.

Das Verbot der Maifeier wird von den hiesigen Sozialisten und Kommunisten nicht anerkannt. Sie fordern unbekümmert um dieses Verbot ihre Anhänger zur Beteiligung an der vorgesehenen Feier auf. Eine gleiche Meldung liegt aus Witten vor.

Eine Sympathie-Kundgebung der englischen Arbeiter für die Ruhr-Arbeiter.

EP London, 30. April.

Die englische Arbeiterpartei wird anläßlich der Maifeier im Hydepark eine Kundgebung veranstalten, bei der mehrere Redner sprechen und die Annahme einer Entschließung vorschlagen werden, in der den Ruhrarbeitern die Sympathie der englischen Arbeiterklasse ausgedrückt und die Regierung aufgefordert wird, vom Versailler Vertrag zurückzutreten und Sowjetrußland anzuerkennen. Darauf wird sich eine Delegation zum Vertreter des Premierministers begeben, um ihm den Text obiger Entschließung, die auch der französischen Botschaft zugestellt werden soll, zu überreichen.

Die Beisetzung der Großherzogin Luise.

Baden-Baden, 30. April.

Im Neuen Schloß fand gestern nachmittag in Anwesenheit der nächsten Familienangehörigen und zahlreicher anderer Fürstlichkeiten eine Trauerfeier für die verstorbene Großherzogin Luise statt. Auch der König und die Königin von Schweden waren zugegen. Prälat Schmitthenner aus Karlsruhe hielt die Gedächtnisansprache, der er das Bibelwort „Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein" zugrunde legte.

In der Nacht fand die Ueberführung der Leiche nach dem Mausoleum in Karlsruhe statt, wo heute vormittag die Beisetzung im engsten Familienkreise erfolgte. Das badische Staatsministerium ließ an dem Sarge einen Kranz niederlegen, dessen in den Landesfarben gehaltene Schleife die Aufschrift trug: „Der Wohltäterin der badischen Heimat".

Der 1. Mai in München.

München, 30. April.

Die bayerische Staatsregierung dementiert die Gerüchte, daß sie die vaterländischen Verbände aus Anlaß der morgigen Maifeier zum Schutz der Ordnung aufgerufen habe. Bisher seien keine Anhaltspunkte gegeben, daß es am 1. Mai zu Zusammenstößen kommen werde. Die Staatsregierung werde erforderlichenfalls Ordnungsstörungen mit allen polizeilichen Machtmitteln begegnen. Alle Staatsbürger werden ermahnt, Ruhe und Ordnung zu wahren und Herausforderungen zu unterlassen.

Weitere Erhöhung der Preise für Zeitungsdruckpapier.

TU Berlin, 30. April.

Der Preis für Druckpapier ist mit Wirkung vom 1. Mai ab auf 1550 Mark pro Kilo festgesetzt worden gegen 1400 Mark für den Monat April. Außerdem haben sich die Papierfabrikanten vorbehalten, daß, wenn im Mai eine Kohlenpreis-, Frachtenriaerhöhung oder Rohstoffpreiserhöhung eintritt, die sich daraus ergebende Differenz noch auf den neuen Papierpreis aufgeschlagen wird. Der Zellstoffpreis ist gleichzeitig von 1443 Mark pro Kilo auf 1630 Mark erhöht worden.

Hierzu zwei Beilagen.

Verantwortliche Leiter: Für den politischen Teil: Hermann Paul Steinborn, Schöneberg; Anzeigenteil: Dr. Richard Bilgier, Berlin; für Kunst, Wissenschaft und Lokales Franz Köppen, Berlin-Friedenau.

Die nächste Ausgabe unserer Zeitung erscheint am Mittwoch, 2. Mai, abends.

Expedition der „Berliner Börsen-Zeitung".